

RS Vwgh 2003/2/18 2001/01/0325

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 18.02.2003

Index

41/02 Passrecht Fremdenrecht

49/01 Flüchtlinge

Norm

AsylG 1997 §1 Z4;

AsylG 1997 §7;

AsylG 1997 §8;

FlKonv Art1 AbschnA Z2;

FrG 1997 §57;

Rechtssatz

Aufgrund der dem jugoslawischen Staat für den Kosovo fehlenden Gebietshoheit und der dort eingerichteten, nunmehr die Staatsgewalt ausübenden Verwaltung durch Organe der Vereinten Nationen (UNMIK, unterstützt durch KFOR) ist für aus dem Kosovo stammende Asylwerber einerseits der Kosovo selbst als Bezugsobjekt der zu prüfenden asylrechtlichen Verfolgung anzusehen, andererseits aber - im Hinblick auf die für diese Personengruppe nach wie vor gegebene jugoslawische Staatsbürgerschaft - muss auch die Bundesrepublik Jugoslawien (ohne den Kosovo) als Herkunftsstaat im Sinn der §§ 7 und 8 AsylG 1997 iVm § 1 Z 4 leg. cit. betrachtet werden und liegen insoweit daher zwei Herkunftsstaaten vor (vgl. E 7.6.2000, Zl. 2000/01/0162; 7.9.2000, Zl. 2000/01/0116, und Zl. 2000/01/0122; 21.12.2000, Zl. 2000/01/0126; 6.3.2001, Zl. 2000/01/0402).

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2003:2001010325.X02

Im RIS seit

05.05.2003

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>